



## Niederschrift

50. Plenarsitzung Gemeinderat  
15. Mai 2018, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

20.

### **Punkt 23 der Tagesordnung: Bessere Rahmenbedingungen für Inklusion in Kindertagesstätten**

**Antrag: GRÜNE**

**Vorlage: 2018/0183**

#### **Beschluss:**

Einverstanden mit der Stellungnahme der Verwaltung

#### **Abstimmungsergebnis:**

Keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 23 zur Behandlung auf.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Inklusion beginnt in den Kindertagesstätten und geht dann weiter über die Schule, ins Leben und in die berufliche Ausbildung, deshalb kommt der Inklusion in den Kitas ein besonders hoher Stellenwert zu. Diesem Antrag gingen intensive Gespräche, vor allem auch mit Trägern von Inklusiven Kitas voraus, unter anderem der Lebenshilfe Karlsruhe und der Reha Südwest, aber auch Gespräche mit einer heilpädagogischen Praxis, die für Kinder mit einem festgestellten sonderpädagogischen Förderbedarf Unterstützung in den Kitas leistet. Nun ist es so, das haben Sie sicher auch aus unserer Begründung entnommen, dass die Stadt Karlsruhe pauschalisierte Förderung gewährt und diese Pauschalen seit 2013 nicht mehr erhöht wurden, das heißt, damals standen pro Kind rund vier Stunden Förderung in einer Kita zur Verfügung, heute sind es gerade eineinhalb Stunden und damit kann keine ausreichende und qualifizierte Förderung dieser Kinder mit Blick auf Inklusion geleistet werden. Das sagen alle Träger unisono, und sie haben in gewisser Weise still gehalten, sie können eigentlich nur dann, wenn sie viele Kinder haben und die Pauschalen bündeln, Heilpädagoginnen oder eine sonstige pädagogische Fachkraft beschäftigen, aber selbst da ist diese Förderung im Prinzip zu gering. Aber andere Kitas, die ein oder zwei Kinder inkludieren möchten, da wird es dann schon sehr schwierig, und es kommt auf den guten Willen und das Engagement des Kita-Personals an. Gut ist es, das

muss ich dazu sagen, dass die Stadt und wir gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss schon beschlossen hatten 0,1 Fachkraftstellen pro Kind zur Verfügung zu stellen, das ist ganz wichtig, und ich möchte das an der Stelle durchaus würdigen. Jetzt sagen Sie aber, diese Förderung hat sich bewährt, und das sehe ich kritisch, denn man müsste jetzt diese Förderung erhöhen, wie es andere Kommunen auch gemacht haben, das wollen Sie offenbar nicht. Wir werden in der Sache noch einmal mit Nachfragen nachhaken. Im Augenblick wollen wir darüber keine Abstimmung durchführen, aber das Thema bleibt wahrscheinlich mit Blick auf den Haushalt auf der Agenda.

Die Antwort auf die Nummern zwei und drei unseres Antrags betreffend, ist sehr zielführend und interessant, denn sie zielt darauf ab, dass bei der Sozial- und Jugendbehörde eine Planung interdisziplinär in die Wege geleitet wird, wie man eine Grundausstattung für Inklusive Kitas schafft. Das ist jetzt der richtige Weg, und es freut mich, dass es in diese Richtung geht, denn es bedeutet, dass nicht ein Kind inklusionsfähig sein muss, sondern die Einrichtung muss künftig inklusionsfähig ausgestattet werden. Ich bitte darum, dass wir zeitnah diese Überlegungen im Jugendhilfeausschuss vorgestellt bekommen. Sie schreiben in der Antwort „zu gegebener Zeit“, das kann in einem Jahr oder in zwei Jahren sein, aber wir möchten zeitnah informiert werden welche Eckpunkte Sie dabei vorsehen, wann die Kitas zukünftig inklusiv ausgestattet werden sollen. Der Zusammenhang besteht im Übrigen auch zum neuen Bundesteilhabegesetz, und dieses macht ganz neue Vorgaben, die wesentlich stärker die inklusiven Rechtsansprüche auch stärken. Auch da muss der Zusammenhang hergestellt werden, also Fazit, Punkt eins ist für uns nicht zufriedenstellend und muss nachgebessert werden, weil das kurzfristig auch notwendig ist, Punkt drei und vier, Umstellung und Entwicklung eines Konzepts in Richtung Inklusive Kitas, wird von uns unterstützt, aber wir wünschen uns zeitnahe Informationen.

**Stadtrat Krug (CDU):** Liebe Renate Rastätter, auch wir als CDU-Fraktion sind für eine möglichst niedrigschwellige Inklusion an den Kindertagesstätten, solange dies dem Elternwunsch entspricht. Ich finde es auch gut, dass Sie auf die Vorstellungen der Verwaltung eingehen, hier nichts zu überstürzen, auch wir halten es für richtig, das man den eingeleiteten Planungsprozess zur Umgestaltung der inklusiven Förderangebote abwartet, aber gehen wie Sie davon aus, dass das zügig geschieht und wir zeitnah im Jugendhilfeausschuss darüber informiert werden. Sobald diese Planung abgeschlossen ist, werden wir sicherlich auf all diese Fragen zurückkommen, um zu sehen, was umsetzbar ist, und was nicht geht und ob das Gesamtpaket dann auch reicht, sicher unter dem Finanzierungsvorbehalt. Dies ist ein ganz wichtiger Punkt, es trifft die Schwächsten und insofern darf die Sparpolitik nicht die alleinige Leitlinie sein.

**Stadträtin Moser (SPD):** Inklusion ist vor allem für die Betroffenen ein sehr wichtiges Thema, und ich möchte es kurz machen, wir werden es im Jugendhilfeausschuss noch mal behandeln. Die Verwaltung ist dabei, ein Konzept zu erarbeiten, und da möchte ich mich Renate Rastätter anschließen, ich hätte mir auch ein konkretes Datum gewünscht, statt als zu gegebener Zeit, das sagt nämlich gar nichts aus.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Inklusion ist so einfach, zu sagen, aber das Wort ist ein sehr ernstes existenzielles Wort und das Wort ist leider auch ein Modeklischee geworden. Als Großvater eines sehr behinderten Enkels und als Schulleiter ist meine Lebenserfahrung, dass Situationen existieren, in denen das Wort Inklusion überhaupt keine Bedeutung hat, weil der Mensch so schwerbehindert ist, wie mein Enkel, dass Inklusion nicht möglich ist oder

weil eine Schule oder Institution nicht die notwendigen Fachkräfte hat. Das Wort Inklusion unkritisch benutzt, ist ein klares Risiko, dass fachrelevante Institutionen für schwerbehinderte Personen verschwinden und ersetzt werden, von wohlmeinenden Personen ohne genug Fachkompetenz. Mit diesem Vorbehalt unterstützen wir sehr gerne, dass behinderte Kinder wohnortnah gefördert werden, das muss in jedem individuellen Fall geprüft werden, wie genau diesem Kind am besten geholfen wird. Ja, es ist eine Geldfrage, aber nicht nur, noch wichtiger ist es, ob die notwendige Fachkompetenz ortsnah vorhanden ist. Sehr gerne diskutieren wir dieses wichtige Thema im Ausschuss weiter.

**Stadtrat Cramer (KULT):** Auch meine Fraktion sieht es so, dass Inklusion wirklich nicht, gestatten Sie mir den Ausdruck, über einen Kamm geschoren werden kann. Man muss wirklich genau hinschauen, mein Kollege Herr Høyem hat schon das seine gesagt, und wir sehen aus Erfahrungen im engeren Umfeld unserer Fraktion, dass es doch nicht so einfach ist, wie es soft auf dem ersten Blick erscheint. Von daher, trotz aller Dinge die man vielleicht in der Antwort der Verwaltung hätte besser machen können, gehen wir heute den Weg, den die Verwaltung vorzeigt mit. Wir sehen, auch wenn es um das Geld geht, wird es darum gehen, was im Haushalt vorgelegt wird oder auch, was der Gemeinderat mit eigenen Anträgen und Vorstellungen nachbessern muss. Wir haben auch bis dorthin, und das wurde schon allen Vorrednerinnen und Vorrednern gesagt, noch die Zeit und die Diskussion in dem zuständigen Fachausschuss, und von daher würden wir den Weg so heute mitgehen.

**Der Vorsitzende:** Dann können wir einige Punkte als erledigt betrachten, ein anderer Punkt ist in den Haushalt verschoben. Sie haben gesagt, dass Sie das wieder aufgreifen, und die Verwaltung verrät irgendwann, wann zu gegebener Zeit ist.

**Bürgermeister Lenz:** Im Oktober haben wir noch einen Jugendhilfeausschuss und dann erst wieder den großen Jugend- und Sozialhilfeausschuss zum Haushalt. Dieses Jahr geht es wegen der wenigen Sitzungen und wegen der Belastung durch den Haushalt nicht mehr. Es ist schon eine größere Herausforderung, dass alles zu erstellen, sodass es dann auch praxisrelevant umsetzbar ist, aber Ihr erster Punkt, Frau Stadträtin Rastätter, ist quasi das Kurzfristige und der zweite Punkt ist das Mittelfristige, und das machen wir dann nächstes Jahr, aber für dieses Jahr schaffen wir es nicht. Denken Sie nur mal an den heute abgesetzten Tagesordnungspunkt, da steckt noch richtig Arbeit drin, und es ist eigentlich noch gefühlt Juni, wenn man es arbeitstechnisch sieht und die Ferien abzieht, deswegen möchte ich mich jetzt doch ein bisschen vor meine Leute stellen und sagen, alles schön und gut, aber irgendwann schaffen wir es dann auch nicht mehr. Ich bitte um Verständnis.

**Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE):** Können wir denn davon ausgehen, dass zum kommenden Haushalt tatsächlich schon mehr Mittel eingestellt werden? Das ist nicht das, was wir uns wünschen, wir wünschen uns eigentlich schon, dass nicht jetzt zweieinhalb Jahre lang keine Mittelserhöhung in diesem Bereich vollzogen wird.

**Der Vorsitzende:** Die Verwaltung hat Ihnen die Mittelserhöhung nicht zugesagt, und Sie haben angekündigt, dass Sie das in den Haushalt einbringen, so habe ich es verstanden. Das ist jetzt von der Konzeption unabhängig, denn das ist eine andere Geschichte. Dann können wir so verbleiben.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten  
4. Juni 2018